



Sozialdemokratische Partei
Pratteln-Augst-Giebenach

**Abstimmung
vom 28. September 2025**

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG

Nein zum «Bundesbeschluss zur Liegenschaftssteuer auf Zweitliegenschaften»

Der Systemwechsel bei den Liegenschaftssteuern kostet rund zwei Milliarden Franken. Diese Kosten müssten dann durch Steuererhöhungen kompensiert werden. Das bedeutet: **Jährlich 500 Franken mehr Steuern pro Haushalt**, während reiche Immobilienbesitzer:innen entlastet werden.

So wie der Systemwechsel bei den Liegenschaftssteuern geplant ist, profitieren vor allem reiche Immobilienbesitzer:innen. Die Bevölkerung muss hingegen die Steuerausfälle von rund 2 Milliarden Franken bezahlen. Kantonsregierungen rechnen mit grossen Ausfällen. Die Tessiner Kantonsregierung hat bereits angekündigt, dass sie zur Kompensation die **Steuern um mehr als 7,5 % erhöhen** muss. Auch im Kanton Zürich drohen Steuererhöhungen von rund 3 %.

Obwohl Mieter:innen aufgrund explodierender Mieten bereits stark belastet sind, müssen sie erneut für die Privilegien einiger reicher Immobilienbesitzer:innen bezahlen. Die Kaufkraft der Mieter:innen steht bereits jetzt massiv unter Druck!

Laut dem Bund wird eine Senkung der Zinssätze die Steuerausfälle explodieren lassen. Innerhalb von 10 Jahren könnten sich die Verluste auf bis zu 20 Milliarden Franken belaufen – auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb haben sogar die Kantone klar Stellung bezogen und rufen dazu auf, den Systemwechsel abzulehnen. Das benötigte Geld würde sonst bei der Finanzierung von Kantonsaufgaben, wie zum Beispiel bei der Bildung, fehlen.

Bei den steuerlich beanreizten Sanierungen der Gebäudehülle geht es auch um die Winterstromproblematik. Ein gut gedämmtes Haus braucht für den Betrieb seiner Wärmepumpe im Winter deutlich weniger Strom als ein schlecht gedämmtes Haus. Die Vorlage verschärft damit die Winterstromproblematik zusätzlich, da Gebäudesanierungen nicht mehr von den Steuern abgezogen werden können.

Ja zum «elektronischen Identitätsausweis»

Die neue e-ID wird ausschliesslich vom Bund betrieben. Der Staat garantiert die Ausstellung, Verwaltung und Sicherheit der digitalen Identität. Ähnlich, wie er das beim Reisepass, der Identitätskarte oder den Banknoten tut.

Die e-ID ist freiwillig. Wer nicht digital unterwegs ist, kann weiterhin analoge Dienstleistungen sowie die physische ID oder den Pass nutzen. Die e-ID wird online gratis ausgestellt und fördert eine Barrierefreie, inklusive Demokratie.

Mit der e-ID behalten Sie die Kontrolle über Ihre Daten. Nur das Nötigste wird weitergegeben – etwa «über 18» statt des genauen Geburtsdatums, Wohnort usw. Die Privatsphäre bleibt geschützt: Weder Staat noch private Firmen können nachvollziehen, wie und wann die E-ID verwendet wird.